



Nr. 47

2. Dezember 2011

Inhalt:

[Bundestag billigt Gesetzentwurf zur Wiedergewährung der Sonderzahlung+++](#)

[Bundesinnenminister: Staat muss auch in Zukunft attraktiver Arbeitgeber sein+++](#)

[Einigung zur Altersteilzeit in Sachsen-Anhalt erzielt+++](#)

[dbb bundesfrauenvertretung fordert familienfreundliches Zeitmanagementkonzept+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Sparkurs: SPD geht auf BBW zu+++](#)

[Bayern-FDP will Beamtenstatus für Lehrkräfte abschaffen -](#)

[BBB: Schule muss streikfrei bleiben+++](#)

[dbb rheinland-pfalz übergibt Protestunterschriften+++](#)

[Koalitionsvereinbarung: dbb berlin sieht viele Kritikpunkte+++](#)

[Stellungnahme des dbb bremen: Anhebung der](#)

[Regeldienstaltersgrenze abgelehnt+++](#)

[GDL prüft Klage gegen Stuttgart 21+++](#)

[Resolution des VBB: So nicht mit uns, Herr Minister!+++](#)

[DPoIG: Zeit bis zum nächsten CASTOR-Transport für gesellschaftlichen Dialog nutzen+++](#)

[Forstleute küren erstmals Waldgebiet des Jahres+++](#)

[„Deutscher Lehrpreis 2011“ verliehen+++](#)

Namen und Nachrichten +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Bundestag billigt Gesetzentwurf zur Wiedergewährung der Sonderzahlung

(dbb) Der Deutsche Bundestag hat am späten Abend des 1. Dezember 2011 nach zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf zur Wiedergewährung der restlichen Sonderzahlung für Bundesbeamte gebilligt, die 2006 halbiert worden war. Der Entwurf war von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Initiative des dbb am 8. November 2011 eingebracht worden.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der seit 2006 nicht ausgezahlte Teil der Sonderzahlung des Bundes in Höhe von 2,44 Prozent bereits ab 1. Januar 2012 und nicht erst ab 2015 wieder gewährt wird. Die Wiedergewährung erfolgt – so wie es im Dienstrechtsneuordnungsgesetz vorgesehen ist – durch eine entsprechende anteilige Erhöhung der Monatsbeträge der Besoldungstabellen.

Der dbb hatte das Hinausschieben des ursprünglich im Gesetz vorgesehenen Wiederauflebens der Sonderzahlung zum 1. Januar 2011 auf 2015 in politischen Spitzengesprächen als massiven Vertrauensbruch kritisiert. dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen: „Wir erkennen ausdrücklich an, dass die Dienstherren des

Bundes nun am Ende doch zu ihrem Wort stehen. Schließlich haben die Beamtinnen und Beamten mit ihrem Verzicht auf einen Teil der Sonderzahlung einen wesentlichen Beitrag, nämlich 3 Milliarden Euro, zur Konsolidierung des Bundeshaushalts geleistet.“ Die gesetzliche Regelung sei aus Sicht des dbb geeignet, das verlorene Vertrauen in den Dienstherrn Bund wieder herzustellen.

Der Bundesrat wird sich am 16. Dezember 2011 abschließend mit dem Gesetzentwurf befassen. Das Gesetz wird dann nach Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten zum 1. Januar 2012 in Kraft treten.

(01/47/11)

Bundesinnenminister: Staat muss auch in Zukunft attraktiver Arbeitgeber sein

(dbb) Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sieht zwar die Notwendigkeit, die Erledigung althergebrachter Aufgaben durch die Verwaltung immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. Zugleich aber ließen sich – besonders in Zeiten knapper Personalressourcen - die Stelleneinsparungen im öffentlichen Dienst nicht beliebig fortführen, sagte Friedrich dem „dbb magazin“ (Ausgabe Dezember 2011). „Aufgabenverdichtung und Aufgabenkritik haben ihre Grenzen“, so der Minister.

Besorgt äußerte sich Friedrich über die Folgen des demographischen Wandels. Die Aufgaben für die älter werdende Bevölkerung würden sich in den kommenden 20 Jahren ebenso ändern wie die Personalstruktur des öffentlichen Dienstes. Auch das Durchschnittsalter der Beschäftigten werde deutlich ansteigen. „Bei der Personalgewinnung werden wir in immer stärkerer Konkurrenz zur Wirtschaft stehen. Hier ist der Staat als vorausschauender Arbeitgeber gefragt und muss alles Erforderliche tun, um auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Zukunft des öffentlichen Dienstes kann nicht darin liegen, in einen Bezahlwettbewerb mit der Wirtschaft einzutreten. Aber er muss ein attraktives Gesamtangebot bereithalten“, sagte Friedrich.

Veränderungsbedarf an Aufbau und Aufgabenverteilung im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik auf Grund europäischer Entwicklungen, beispielsweise hinsichtlich des Streikverbots für Beamte, sieht Friedrich nicht. Das Streikverbot sichere die ständige und ununterbrochene Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben und diene damit der Funktionsfähigkeit des Staatswesens. „Der Bund hält daher am Streikverbot für alle Beamten fest. Daran ändert auch die neuere erstinstanzliche Rechtsprechung nichts. Sie ist uneinheitlich und betrifft ausschließlich die Gruppe der beamteten Lehrer. Eine höchstrichterliche Entscheidung steht noch aus. Voreilige Veränderungen sollten daher nicht vorgenommen werden“, so Friedrich.

(02/47/11)

Einigung zur Altersteilzeit in Sachsen-Anhalt erzielt

(dbb) Die dbb tarifunion hat sich am 24. November 2011 in Magdeburg mit der Landesregierung Sachsen-Anhalt auf den Abschluss einer landesbezirklichen Altersteilzeitregelung geeinigt. Darüber hinaus einigten sich beide Seiten auf die Verlängerung des Tarifvertrages über die Vereinbarung von Teilzeitbeschäftigung im Bereich der Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (Teilzeit-TV LSA).

Außerdem wird ein Teil der durch die Teilzeit erzielten Einsparungen des Landes für Maßnahmen verwendet, um die demographischen Auswirkungen im öffentlichen Dienst abzumildern, teilte die dbb tarifunion weiter mit. Die Tarifvertragsparteien vereinbarten eine Erklärungsfrist bis zum 31. Januar 2012. Bis dahin gelten die Ergebnisse unter Vorbehalt.

„Mit der heutigen Einigung haben wir einen großen Schritt in Richtung Zukunftsfestigkeit des öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt gemacht“, stellte Helmut Liebermann, Verhandlungsführer der dbb tarifunion, nach der Einigung fest. „Der demographische Wandel stellt das Land vor große Herausforderungen. Jetzt haben wir einen ersten großen Schritt zur Bewältigung dieses Problems getan und ein Signal auch für andere Bundesländer gesetzt.“

Nach der jetzt gefundenen Einigung gelten ab 2012 im Land Altersteilzeitregelungen, die den

Beschäftigten bei hälftiger Arbeitszeit im Rahmen von Teilzeitarbeit oder im so genannten Blockmodell 83 Prozent des Nettoentgelts garantieren. Außerdem hat sich die dbb tarifunion mit ihrer Forderung durchgesetzt, dass für die Verteilung der Arbeitszeit in der Altersteilzeit lediglich zwei Modelle – Teilzeitmodell oder Blockmodell – zur Verfügung stehen. Eine Vermischung der beiden Modelle – wie teilweise in der Vergangenheit vor allem im Schuldienst praktiziert – wird damit zukünftig ausgeschlossen sein.

Hinsichtlich der Forderung der Gewerkschaftsseite, für Altfälle eine Korrektur der

Der geltende Teilzeit-TV LSA wird verlängert. Bis zum 31. Dezember 2016 können die Beschäftigten auf freiwilliger Basis Teilzeitverhältnisse abschließen.

(03/47/11)

dbb bundesfrauenvertretung fordert familienfreundliches Zeitmanagementkonzept

(dbb) Mit Blick auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat die dbb bundesfrauenvertretung ein umfassendes Zeitmanagementkonzept für den öffentlichen Dienst gefordert. „Noch immer müssen sich knapp 60 Prozent der Arbeitnehmer deutschlandweit mit starren Arbeitszeiten arrangieren. Berufstätige geraten hier doppelt unter Stress, vor allem dann, wenn die Arbeitszeiten mit den Öffnungszeiten von Kitas und Behörden korrelieren“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung am 29. November 2011 und verwies auf den öffentlichen Dienst als vorbildlichen Arbeitgeber.

„Modelle wie alternierende Telearbeit und Gleitzeit gehören in vielen Verwaltungen bereits zum Standard“, so Wildfeuer. Diese Vorreiterrolle bei der modernen Arbeitszeitgestaltung müsse weiter perfektioniert und damit auch ein wichtiges Entscheidungskriterium im Wettstreit um gut ausgebildete Fachkräfte ausgebaut werden. „Schließlich wünschen sich auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung, um familiäre Sorgearbeit und berufliche Verpflichtungen unter einen Hut zu bekommen. Das

zeigt eine aktuelle Umfrage des Forsa-Instituts im Auftrag des dbb. Vor allem wenn es um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, bezeichnen 84 Prozent der Befragten flexible Arbeitszeiten als notwendig. Das ist ein deutliches Signal, das von den Beschäftigten ausgeht“, sagte Wildfeuer. Aber auch im öffentlichen Dienst wirke das flexibelste Arbeitszeitmodell nur bedingt entlastend, wenn Öffnungszeiten der Ämter und Kindertagesstätten nicht auf den Tagesrhythmus berufstätiger Eltern abgestimmt seien. „Kitas mit Be-

treuungszeiten von 7.30 Uhr bis 15 Uhr und Behörden, die nur einmal in der Woche abends Sprechzeiten anbieten können, machen Vollzeitberufstätigen mit Familienverpflichtungen

das Leben zusätzlich schwer“, gab Wildfeuer zu bedenken.
(04/47/11)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sparkurs: SPD geht auf BBW zu

(dbb) Nach anhaltender Kritik des BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) am Sparkurs der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg hat sich die SPD auf den BBW zu bewegt. Die SPD lehne strukturelle Eingriffe sowohl bei der Versorgung wie auch bei der Beihilfe ab, versicherte Fraktionschef Claus Schmiedel am 24. November 2011 im Gespräch mit BBW-Chef Volker Stich.

Stich sagte, der SPD sei offensichtlich klar geworden, dass hier ein Flächenbrand drohe. Dreh- und Angelpunkt der Unterredung, um die Schmiedel gebeten hatte, war laut BBW die so genannte Giftliste. Dabei handelt es sich um ein Arbeitspapier aus dem Finanzministerium, das mögliche strukturelle Eingriffe im Beamtenbereich auflistet. Dieses Papier war in den vergangenen Wochen öffentlich geworden und hatte in den Reihen des BBW und seiner Mitgliedsverbände für Ärger und Empörung gesorgt.

Das Sparopfer, das die grün-rote Landesregierung den Beamten und Versorgungsempfängern ohne jegliche Gegenleistung mit dem Haushalt 2012 abverlangen will, und diese Giftliste waren für den BBW Anlass, vom zunächst eingeschlagenen Kurs der Verständi-

gung auf einen „harten Konfrontationskurs umzuschalten“, so der BBW.

In der Unterredung habe sich Schmiedel von der Giftliste distanziert. Dieses Papier stamme noch von der Vorgängerregierung, erklärte er und versicherte, dass es mit den Sozialdemokraten keine strukturellen Veränderungen für vorhandene Versorgungsempfänger und Beamte geben wird. Gleichzeitig warb der SPD-Fraktionsvorsitzende um Zusammenarbeit. Gemeinsam mit dem BBW müsse nach Wegen gesucht werden, für künftige Beamtengenerationen die Strukturen im Bereich Versorgung und Krankenfürsorge so zu verändern, dass sie den veränderten demografischen Gegebenheiten Rechnung tragen.
(05/47/11)

Bayern-FDP will Beamtenstatus für Lehrkräfte abschaffen - BBB: Schule muss streikfrei bleiben

(dbb) Als „gefährliche Zündelei“ hat Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), die Absicht der bayerischen FDP bezeichnet, künftig aus dem Beamtenstatus für Lehrer auszusteigen. „Wer ein öffentliches, überall auf gleichem Niveau leistungsfähiges, durchgängig funktionierendes und finanzierbares Schulsystem sicherstellen will, lässt die Finger von solchen Überlegungen“, sagte Habermann am 29. November 2011. „Schule muss streikfreier Raum bleiben.“

Habermann erinnerte daran, dass der Beamtenstatus zu unparteiischem, gemeinwohlbezogenem, gerechtem und ausschließlich an Recht und Gesetz gebundenem Handeln verpflichtet, unabhängig von sachfremden Ein-

flüssen. „Wo sind diese Grundsätze wichtiger als in der Schule?“, fragt der BBB-Chef. „Hier wird ein wichtiger Grundstein für die Zukunft unserer Kinder gelegt, auch durch Hoheitsakte wie z.B. Notengebung und Versetzung.“

„Wie würden Eltern und Politik reagieren, wenn an den Schulen gestreikt würde?“, fragt Habermann. Betroffen wären in erster Linie diejenigen, die auf die Erfüllung der Tarifforderungen am wenigsten Einfluss haben: Schüler und Eltern. Nur das mit dem Beamtenstatus einhergehende Streikverbot garantiere ein

flächendeckendes, gut funktionierendes Bildungssystem, das das notwendige Pendant zur gesetzlich verankerten Schulpflicht darstelle. „Wer den Beamtenstatus der Lehrer aufheben möchte, gefährdet die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen“, warnte der Vorsitzende.
(06/47/11)

dbb rheinland-pfalz übergibt Protestunterschriften

(dbb) Der dbb rheinland-pfalz hat vor der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags am 24. November 2011 in Mainz eine Protestliste übergeben - Ergebnis einer online-Unterschriftenaktion gegen den Entwurf eines „Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“. 5.000 Unterstützer hatten sich auf die Liste setzen lassen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Frank Puchtler (SPD), sagte zu, die Ausschussmitglieder bei der Beratung über die Übergabe der Unterschriftenliste durch den dbb Landesbund zu informieren.

dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Über 5.000 Unterstützerinnen und Unterstützer haben sich seit Oktober im Internet auf die Liste derer setzen lassen, die sich zusammen mit dem Beamtenbund gegen Einkommenskürzungen

und gegen Personalabbau aussprechen. Wir wollen damit ein weiteres kritisches Signal setzen.“ Der dbb rheinland-pfalz fordere nach wie vor - neben einer Abkehr von den Sparplänen für 2012 und die Folgejahre - die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse für den Landesdienst auf Besoldung und Versorgung. Der Landtag entscheidet in seiner Plenarsitzung am 7./8./9. Dezember 2011 über das Gesetz.
(07/47/11)

Koalitionsvereinbarung: dbb berlin sieht viele Kritikpunkte

(dbb) Der dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin hat „Die Berliner Perspektiven für starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialen Zusammenhalt“ in der Koalitionsvereinbarung 2011- 2016 zwischen SPD und CDU ausgewertet und stellte dazu am 1. Dezember 2011 fest:

Die Koalitionsvereinbarung enthält keine Ausführungen über die Zusammenarbeit des neuen Senats mit den Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes bei der Haushaltskonsolidierung, den Ausgaben- und Leistungsvergleichen, dem Benchmarking in der allgemeinen Verwaltung, der demographischen Entwicklung, der Absicht zur Auflösung des Stellenpools, dem verstärkten Einsatz von IT, der Optimierung des Personaleinsatzes, der Bündelung gleichartiger Verwaltungsleistungen, der Serverkonsolidierung, der Einführung der elektronischen Akte sowie Beschreibung des standardisierten IT-Arbeitsplatzes. Damit setzt die neue Koalition die vom dbb berlin immer beanstandeten Verfahrensweisen der

Vorgänger-Koalition von SPD und Linkspartei fort, so die Kritik des dbb berlin.

Ziele von SPD und CDU für den Bereich des öffentlichen Sektors beschränken sich auf wenige Aussagen, etwa dass der Senat dabei bleiben wird, Lehrer nicht zu verbeamten. Dies hält der dbb berlin für besonders fragwürdig. Die Nachwuchsgewinnung wird nicht nur fast unmöglich gemacht, sondern der Wettbewerb um die besten Lehrerinnen und Lehrer für den Berliner Schuldienst erfährt einen neuen Tiefschlag, von dem sich aller Voraussicht nach die Schulen nicht mehr erholen werden. Auch seien keine Aussagen zur geplanten Wiederaufnahme des Landes Berlin in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL – bis zum

31. Dezember 2011 gemacht worden. Hier müsse die Koalitionsvereinbarung nachgebessert werden, fordert der dbb berlin. Die politische Absicht, den Abstand der Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten gegenüber anderen Bundesländern zu reduzie-

ren, erkennt der dbb berlin an. Allerdings seien keine Angaben über Maßstäbe und zeitliche Vorstellungen vereinbart worden. Der dbb berlin fordert die Besoldungsanpassung bis Ende 2017.

(08/47/11)

Stellungnahme des dbb bremen: Anhebung der Regeldienstaltersgrenze abgelehnt

(dbb) Der dbb bremen hat eine Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften abgegeben. In dem Entwurf geht es vorrangig um die Anhebung der Altersgrenzen von derzeit 65 Jahren auf 67 Jahre für die allgemeinen Dienste und von derzeit 60 Jahren auf 62 Jahre für die Vollzugsdienste mit Ausnahme der Beamtinnen und Beamten in der Laufbahngruppe 1 der Berufsfeuerwehr sowie um versorgungsrechtliche Folgeregelungen.

„Der dbb bremen lehnt die Anhebung der Regeldienstaltersgrenze ab“, heißt es in der Stellungnahme. Zwar erfolge die Anpassung schrittweise bis 2024, führe jedoch dazu, dass gerade in Bremen der Altersdurchschnitt im öffentlichen Dienst weiter anwachsen wird. Als Alternative zu einer generellen Verlängerung der Lebensarbeitszeit in Form einer starren Altersgrenze regt der dbb bremen freiwillige, individuell gestaltete Ruhestandsregelungen an. Das bisherige komplizierte System der negativen „Anreize“ durch Versorgungsabschlüsse verbunden mit dem System der Zu-

rechnungszeiten, könnte in Richtung eines Bonussystems für eine längere aktive Dienstzeit weiterentwickelt werden.

Für Aufgaben im öffentlichen Dienst, für die aus guten Gründen eine besondere Altersgrenze gilt, insbesondere im Vollzugsbereich und in Bereichen mit unregelmäßig und/oder dauerhaften Wechsel- und Schichtdiensten, muss es bei der früheren Ausstiegsregelung bleiben, so der dbb Landesbund.

(09/47/11)

GDL prüft Klage gegen Stuttgart 21

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) prüft eine Klage gegen Stuttgart 21. Wie die GDL am 25. November 2011 mitteilte, soll der neue Stuttgarter Hauptbahnhof mit einer Gleislängsneigung von 15 Promille gebaut werden. Damit bestehe auf einer normalen Bahnsteiglänge von 400 Metern ein Höhenunterschied von sechs Metern. Der Stresstest habe zudem ergeben, dass die notwendige Bahnhofskapazität nur dann erreicht werden kann, wenn so genannte Doppeleinfahrten in ein Gleis vorgenommen werden.

„Das war für uns völlig neu“, sagte der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky. „Damit werden Züge trotz der erheblichen Gleislängsneigung in bereits besetzte Gleise einfahren. Das birgt stets ein gewisses Risiko“, so Weselsky weiter: „Es gibt bisher kein mit uns als zuständigem Berufsverband für Lokomotivführer abgestimmtes Sicherheitskonzept zur Einfahrt in den neuen geplanten Stuttgarter Tiefbahnhof. Auch eventuell notwendige zusätzliche technische Ausrüstungen der Züge,

die ein außerplanmäßiges Wegrollen der Züge sicher verhindern, sind uns bisher nicht bekannt. Damit wird die Verantwortung alleine auf die Lokomotivführer verlagert, was völlig unzulässig ist.“

Die bestehende nationale Vorschrift - die Eisenbahnbau- und Betriebsordnung (EBO) - sieht ein maximales Gefälle bei Bahnhöfen von 2,5 Promille vor. Es handele sich dabei um jahrzehntelange Erfahrungswerte, die deshalb

nicht überschritten werden sollen. Die europäische Technische Spezifikation (TSI) für den Hochgeschwindigkeitsverkehr gehe sogar noch weiter und schreibe verbindlich vor, dass die Neigung von Gleisen an Fahrgastbahnsteigen 2,5 Promille nicht überschreiten darf. „Dass man deshalb zur Umgehung dieser TSI-Norm S 21 nicht als Neubau, sondern lediglich als Umbau kategorisiert, ist schlichtweg ein Unding und dient keineswegs der Sicherheit“, sagte Weselsky: „Scheinbar besteht ein Zusammenhang mit den Zusagen der Deutschen Bahn zu den Maximalkosten des Bahnhofneubaus im Rahmen der Schlichtung. Der Bahnhof ließe sich wohl auch in den zulässigen Grenzwerten

realisieren, allerdings zu wesentlich höheren Kosten.“

Weselsky weiter: „Wir haben den Schutz unserer Mitglieder zu wahren, die beim bestehenden Bahnhofskonzept einem wesentlich höheren Haftungsrisiko ausgesetzt werden.“ Deshalb prüfe die GDL die Einreichung einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Es gehe insbesondere um die Frage, ob die Bestimmungen der aus gutem Grund bestehenden TSI-Norm auf diese Weise umgangen werden dürfen.

(10/47/11)

Resolution des VBB: So nicht mit uns, Herr Minister!

(dbb) Der Bundesvorstand des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (VBB) hat auf seiner Sitzung vom 21. bis 23. November 2011 eine an Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière gerichtete Protestresolution unter der Überschrift „So nicht mit uns, Herr Minister!“ verabschiedet.

Darin heißt es, der Verband habe wiederholt seine Bereitschaft unter Beweis gestellt, die notwendige Strukturreform der Bundeswehr konstruktiv zu begleiten. „Die Kooperationsbereitschaft endet aber dort, wo rein politisch motivierte Vorhaben und Entscheidungen der Leitung des Bundesverteidigungsministeriums jede sachliche Grundlage vermissen lassen und zudem den bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen zuwiderlaufen.“

Insbesondere die geplante Ausgliederung der Personalabrechnung aus dem Ressortbereich des Ministeriums sei „völlig unakzeptabel“. Sie solle ausschließlich dazu dienen, den ohne jede Analyse oder Aufgabenkritik postulierten Umfang des Zivilpersonals in der Bundeswehr von 55.000 Dienstposten/Stellen zu realisieren.

Die geplanten gemischt zivil / militärischen Besetzungen im Aufgabenbereich der Wehrverwaltung seien mit den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen nicht vereinbar, so der VBB-Bundesvorstand weiter. „Entsprechend der Erkenntnis, dass rein politisch motivierten Entscheidungen und Weichenstellungen auch nur politisch wirksam begegnet werden kann, hat der Verband der Beamten der Bundeswehr beschlossen, alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, politischen Handlungsoptionen und Ressourcen zu nutzen, die sich abzeichnende eklatante Fehlentwicklung zu stoppen und einer sukzessiven Aushöhlung der Wehrverwaltung des Bundes entschieden entgegen zu treten.“

(11/47/11)

DPOIG: Zeit bis zum nächsten CASTOR-Transport für gesellschaftlichen Dialog nutzen

(dbb) Mit „gemischten Gefühlen“ zieht die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) Bilanz des diesjährigen CASTOR-Transportes ins niedersächsische Gorleben. „Das Einsatzkonzept war klug und erfolgreich, die Einsatzkräfte haben sich sehr professionell verhalten“, sagte DPOIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt am 29. November 2011. Allerdings habe die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Zeit bis zum nächsten Transport solle genutzt werden, um einen gesellschaftlichen Konsens in der Atompolitik herzustellen.

„Die eindeutige Auftragslage und klare Ansage der Einsatzleitung, Rechtsbrüche nicht zu dulden und Rettungs- und Versorgungswege freizuhalten, haben zum Erfolg geführt“, so Wendts Einschätzung. „Die Einsatzkräfte sind trotz heftiger Attacken nicht von dem Konzept abgewichen, mit Geduld, Kommunikation und Besonnenheit zu Deeskalation beizutragen. Die heftigen gewalttätigen Attacken haben es aber leider auch nötig gemacht, unmittelbaren Zwang anzuwenden, wenn es gar nicht anders ging. Aber es hat erheblich mehr gelassene und fast fröhliche Gespräche mit friedlichen Demonstranten gegeben, die nichts mit Gewalt zu tun haben wollten und den Einsatzkräften

mit Verständnis und Respekt begegnet sind. Das gehört zur Betrachtung des Geschehens unbedingt dazu.“

Die Angriffe auf die Einsatzkräfte haben laut Wendt ein „unerträgliches Maß“ erreicht; „einzelne Beamte befanden sich immer wieder in höchster Lebensgefahr“. Deshalb sei die Anwendung unmittelbaren Zwanges, auch durch Einsatz von Wasserwerfern und Pfefferspray verhältnismäßig und richtig gewesen. Die Reiterstaffel habe sich wieder einmal als außerordentlich nützlich erwiesen.
(12/47/11)

Forstleute küren erstmals Waldgebiet des Jahres

(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat zum ersten Mal ein Waldgebiet des Jahres ausgerufen. Ab 2012 wird jährlich bundesweit ein Wald gekürt, in dem die Forstleute in vorbildlicher Weise dafür sorgen, dass der Wald alle Anforderungen der Gesellschaft und der Natur nachhaltig erfüllt, teilte der BDF am 29. November 2011 mit. Für 2012 wurde der Meulenwald bei Trier ausgewählt.

Gemeinsam mit Landesforsten Rheinland-Pfalz und dem Meulenwaldverein wurden zwei Partner gefunden, mit denen der Wald und die für ihn arbeitenden Forstleute präsentiert werden können. Zudem gebe es Unterstützung der Tourismusorganisationen der Region.

Das Internationale Jahr der Wälder 2011 hatte weltweit der Blick auf die Wälder und ihre herausragende Bedeutung für die Menschen gerichtet. Der BDF wolle auch nach 2011 regelmäßig die Leistungen des Waldes und der Forstleute in den Fokus der Aufmerksamkeit stellen. In Zeiten des Klimawandels und des Bedarfs an erneuerbaren Energien könne dies nicht häufig genug geschehen, so der Bund Deutscher Forstleute.

„Mit dem Meulenwald wurde für 2012 ein Waldgebiet ausgewählt, in dem die Forstleute vor Ort in vorbildlicher Weise das Konzept einer nachhaltigen, naturnahen und multifunktionalen Waldbewirtschaftung umsetzen und dieses mit hervorragender Bildungs- und Informationsarbeit für wichtige gesellschaftliche Gruppen verbinden“, hieß es weiter. „Der Meulenwald - das sind 9.000 Hektar Wald, in denen man für Rohstoffversorgung und Naturschutz gleichermaßen Sorge und Verantwortung trägt, und die durch nachhaltiges planmäßiges und sachkundiges Handeln von Generationen von Waldbesitzern und Forstleuten auch in viel schwierigeren Zeiten als heute aufgebaut wurden.“

(Mehr Informationen unter: www.waldgebiet-des-jahres.de)
(13/47/11)

„Deutscher Lehrerpreis 2011“ verliehen

(dbb) Die Gewinner des bundesweiten Wettbewerbs „Deutscher Lehrerpreis - Unterricht innovativ 2011“ - 16 Lehrerinnen und Lehrer sowie sechs Pädagogen-Teams – sind am 30. November 2011 in Berlin im Beisein von Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihr herausragendes pädagogisches Engagement ausgezeichnet worden.

Rund 2.200 Schüler und Lehrkräfte hatten sich am diesjährigen Wettbewerb beteiligt. Neben

den Initiatoren Vodafone Stiftung Deutschland und Deutscher Philologenverband (DPhV) wird

der seit 2009 jährlich vergebene Lehrpreis in diesem Jahr erstmals auch von der Heraeus Bildungsstiftung getragen. In der Kategorie „Schüler zeichnen Lehrer aus“ haben Schülerinnen und Schüler der diesjährigen Abschlussklassen besonders engagierte Lehrkräfte nominiert. Jeweils vier Auszeichnungen wurden nach Bayern und Nordrhein-Westfalen vergeben, und jeweils dreimal konnte die Jury Lehrerinnen und Lehrer aus Baden-Württemberg und Hessen auszeichnen. Zwei Trophäen gehen nach Schleswig-Holstein und jeweils eine nach Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen.

Bundeskanzlerin Merkel gratulierte den Preisträgern und sagte: „Die Wertschätzung für den Lehrerberuf wächst. Wir brauchen Lehrer und Lehrerinnen mit Leidenschaft. Sie entscheiden mit über das Leben eines Menschen.“ Heinz-Peter Meidinger, Bundesvorsitzender des DPhV, hob hervor: „Zusammenarbeit im Team und Einbeziehung fachübergreifender Aspekte, darauf achten wir bei der Auswahl preiswürdiger Projekte besonders. Der Lehrer als Einzelkämpfer ist heute nicht mehr gefragt.“

Namen und Nachrichten

(dbb) Für den 22. November 2011 hatte der dbb sachsen-anhalt 80 Personalräte aus seinen Mitgliedsgewerkschaften zu einer Personalrätekonferenz nach Magdeburg eingeladen. Zunächst informierte dbb Landeschef **Maik Wagner** über aktuelle tarif- und beamtenrechtliche Entwicklungen. In einem zweiten Teil wurden die Teilnehmer zum Datenschutz im Personalratsbüro geschult. Wagner kündigte an, künftig werde es regelmäßig Personalrätekonferenzen geben. Diese sollten auch als Plattform für den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern genutzt werden.

„Wir haben derzeit nichts zu verschenken.“ Mit diesen Worten beantwortete der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), **Thomas Eigenthaler**, Fragen der „Heilbronner Stimme“ (Ausgabe vom 25. November 2011) nach möglichen Steuersenkungen. Die Mehrheit der Bevölkerung sehe dies auch so. Auch bei der so genannten kalten Progression, also der automatischen Steuerer-

In der zweiten Wettbewerbskategorie „Innovative Unterrichtskonzepte“ hatten Lehrer-Teams aus ganz Deutschland innovative, fächerübergreifende Unterrichtsprojekte eingereicht. Den mit 5.000 Euro dotierten ersten Preis erhielt ein vierköpfiges Pädagogen-Team der Philipp-Reis-Hauptschule aus dem hessischen Gelnhausen (Main-Kinzig-Kreis). Im Rahmen ihres Projektes „Interkulturelle Berufsorientierung“ kooperierten die Lehrerinnen und Lehrer mit außerschulischen Projektpartnern im Sinne einer vertieften Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund aus den Klassenstufen 8 bis 10. Zentrales Element war dabei die umfassende Einbeziehung der Eltern in das Projekt sowie die Integration der Familien in das schulische und berufliche Leben in Gelnhausen.

Der mit 3.000 Euro dotierte zweite Preis ging an das Kollegium des Gymnasiums Reutershagen in Rostock (Projekt „Gelebte Bildung in nachhaltiger Entwicklung“), der dritte, mit 2.000 Euro dotierte Preis an das Heinrich-von-Kleist-Gymnasium Bochum (Projekt „Technik macht Schule“). Zusätzlich vergeben wurden drei Sonderpreise.
(14/47/11)

höhung bei Lohnsteigerungen „sollte man die Steuertabelle in Ruhe lassen“, so Eigenthaler. Um Steuern zu vereinfachen, müsse laut DSTG-Chef stärker zu abgeltenden Pauschalen gegriffen werden, „damit wir nicht mehr diese Einzelfallprüfungen haben“.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) mahnt weiterhin notwendige Mittel für die Ganztagsoffensive II im Schulbereich an. „Die Aufstellung des Bundeshaushalts für Bildung und Forschung lässt gravierende Fragen unbeantwortet“, sagte VBE-Bundesvorsitzender **Udo Beckmann** am 24. November 2011 mit Blick auf die Bundestagsdebatte über den Etat des Bundesbildungsministeriums. „Mehr Geld einzustellen ist eine gute Geste, aber es fehlt die überzeugende Antwort, ob die Gelder gezielt in die Schwachstellen des Bildungsbereichs investiert werden“, so Beckmann. Der VBE sehe im Ausbau von gebundenen Ganztagschulen ein vorrangiges Ziel.

Für eine intensivere Auseinandersetzung mit neonazistischem Gedankengut in deutschen Schulen hat sich der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, ausgesprochen. Er plädierte dafür, neben der Behandlung des Nationalsozialismus im Unterricht auch vermehrt das Problem neonazistischer Aktivitäten wie z.B. die Agitations- und Rekrutierungsformen des aktuellen Rechtsextremismus in den Blickpunkt zu rücken. Demokratische Wertvorstellungen müssten vermittelt und so bereits im Vorfeld dem Extremismus der ideologische Nährboden entzogen werden. Meidinger schlug dazu eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern vor.

Der Niedersächsische Beamtenbund (**NBB**) ist umgezogen. Die neue Landesgeschäftsstelle ist unter der Adresse Ellernstraße 38, 30175 Hannover, zu erreichen. Telefonnummern und E-Mail-Adressen bleiben unverändert, teilte der NBB mit.
(15/47/11)